Antrag

der Abgeordneten Franz Resch, Dipl. Ing. Halbritter und Genossen auf Erlassung eines Landesgesetzes über Ansprüche der Bürgermeister und ihrer Hinterbliebenen auf einmalige Zuwendungen, Ruhe- und Versorgungsbezüge (Bürgermeister-Pensionsgesetz 1979; BPG 1979).

Der Landtag wolle beschließen:

Gesetz

vom über Ansprüche der Bürgermeister und ihrer Hinterbliebenen auf einmalige Zuwendungen, Ruhe- und Versorgungsbezüge (Bürgermeister-Pensionsgesetz 1979; BPG 1979).

Der Landtag hat beschlossen:

§ 1

(1) Dieses Gesetz regelt die Ansprüche der Bürgermeister und ihrer Hinterbliebenen auf einmalige Zuwendungen, Ruhe- und Versorgungsbezüge.

(2) Bürgermeister im Sinne dieses Gesetzes sind die auf Grund des § 17 Abs. 2 der Burgenländischen Gemeindeordnung, LGBl. Nr. 37/1965, des § 8 Abs. 2 des Eisenstädter Stadtrechtes, LGBl. Nr. 38/1965, und des § 8 Abs. 2 des Ruster Stadtrechtes, LGBl. Nr. 39/1965, gewählten Organe; diesen sind die vor Inkrafttreten der genannten Gesetze entsprechenden Organe der Gemeinden gleichzuhalten.

(3) Hinterbliebene im Sinne dieses Gesetzes sind die in § 1 Abs. 3 bis 6 des Pensionsgesetzes 1965, BGBl. Nr. 340 in der für Landesbeamte jeweils geltenden Fassung angeführten Personen.

Einmalige Zuwendung

§ 2

(1) Ein Bürgermeister hat nach dem Ausscheiden aus seiner Funktion Anspruch auf eine einmalige Zuwendung. Sie beträgt nach einer Funktionsdauer (§ 10) von wenigstens
5 Jahren das Dreifache
8 Jahren das Fünffache
Zuwendung. Sie beträgt nach einer Funktionsdauer (§ 10) von wenigstens
5 Jahren das Dreifache
8 Jahren das Fünffache
10 Jahren das Neunfache
der Bemessungsgrundlage (§ 11).

(2) Scheidet ein Bürgermeister durch Tod aus seiner Funktion, ist die einmalige Zuwendung im Ausmaß von 50 v. H. der Verlassenschaft anzuweisen.

Ruhebezug

§ 3

(1) Ein Bürgermeister hat die Anwartschaft auf einen monatlichen Ruhebezug erworben, wenn die Funktionsdauer insgesamt mindestens 10 Jahre beträgt.

(2) Ist ein Bürgermeister infolge eines in Ausübung seiner Funktion erlittenen Unfalles unfähig geworden, seine Funktion weiter auszuüben, und gebührt dem Bürgermeister aus diesem Grund eine Versehrtenrente aus der Unfallversicherung der öffentlich Bediensteten und beträgt seine Funktionsdauer noch nicht 10 Jahre, dann ist er so zu behandeln, als ob er die Anwartschaft nach Abs. 1 erworben hätte.

(3) Hat ein Bürgermeister zum Zeitpunkt des Ausscheidens aus seiner Funktion die Anwartschaft nach Abs. 1 erworben, entsteht der Anspruch auf einen Ruhebezug, sofern er das 60. Lebensjahr vollendet hat, mit dem auf das Ausscheiden der Funktion folgenden Monatsersten, anderenfalls mit dem auf die Vollendung des 60. Lebensjahres folgenden Monatsersten. Im Falle der Anwartschaft gem. Abs. 2 ist vom Erfordernis der Vollendung des 60. Lebensjahres abzusehen.

(4) Der Ruhebezug beträgt nach einer Funktionsdauer von zehn Jahren 50 v. H. der Bemessungsgrundlage und erhöht sich für jedes weitere Jahr um 2 v. H. der Bemessungsgrundlage. Der Ruhebezug darf 80 v. H. der Bemessungsgrundlage nicht übersteigen.

Versorgungsbezug

§ 4

(1) Die Hinterbliebenen eines Bürgermeisters haben ab dem dem Sterbetag folgenden Monatsersten Anspruch auf einen monatlichen Versorgungsbezug, wenn der Bürgermeister am Sterbetag einen Anspruch auf einen Ruhebezug nach § 3 Abs. 3 oder die Anwartschaft auf einen Ruhebezug nach § 3 Abs. 1 oder 2 bzw. nach Abs. 2 erworben hat.

(2) Ist der Bürgermeister infolge eines in Ausübung seiner Funktion erlittenen Unfalles durch Tod die Anwartschaft auf einen Ruhebezug nach § 3 Abs. 1 oder 2 bzw. nach Abs. 2 erworben hat.

(2) Ist der Bürgermeister infolge eines in Ausübung seiner Funktion erlittenen Unfalles durch Tod aus seiner Funktion ausgeschieden und beträgt die Funktionsdauer insgesamt noch nicht 10 Jahre, dann sind die Hinterbliebenen so zu behandeln, als ob der Bürgermeister am Sterbetag die Anwartschaft auf einen Ruhebezug nach § 3 Abs. 1 erworben hätte.

(3) Der Versorgungsbezug beträgt

- a) für die Witwe 60 v. H.
- b) für jede Halbweise 12 v. H.
- c) für jede Vollweise 30 v. H.

des Ruhebezuges, der dem Bürgermeister gebührt hat oder im Falle der Vollendung des 60. Lebensjahres gebühren würde.

Gemeinsame Bestimmungen
für Ruhe- und Versorgungsbezüge

§ 5

(1) Sind in der nach § 10 zu berücksichtigenden Funktionsdauer Zeiträume enthalten, die auch der Ermittlung von gleichartigen Leistungen nach bundes- oder landesgesetzlichen Vorschriften (d. s. sämtliche pensionsrechtlichen Ansprüche, die auf Grund einer Funktionsausübung als Mitglied des Nationalrates, des Bundesrates, des Burgenländischen Landtages, der Bundesregierung, der Burgenländischen Landesregierung, als Landeshauptmann oder als Staatssekretär erwachsen sind) zugrunde zu legen sind, so gebühren die nach den §§ 3 und 4 in Betracht kommenden Leistungen nur unter der Voraussetzung, daß sie höher sind als die gebührenden (ungekürzten) gleichartigen Leistungen anderer Rechtsträger.

(2) Ist eine dem Abs. 1 entsprechende Einschränkung in den in Betracht kommenden bundes- oder landesgesetzlichen Vorschriften nicht vorgesehen, so gebühren unter den im Abs. 1 normierten Voraussetzungen die nach den §§ 3 und 4 in Betracht kommenden Leistungen nur in dem Ausmaß, um das sie höher sind, als die gebührenden (ungekürzten) gleichartigen Leistungen anderer Rechtsträger.

(3) In Fällen, in denen die sonstigen Voraussetzungen des Abs. 1 zutreffen, jedoch die in Abs. 1 genannten gleichartigen Leistungen anderer Rechtsträger in gleicher Höhe gebühren, gebühren die nach den §§ 3 und 4 in Betracht kommenden Leistungen nur dann, wenn die zuletzt ausgeübte Funktion die eines Bürgermeisters war. Ist eine dieser Bestimmung entsprechende Einschränkung in den in Betracht kommenden bundes- oder landesgesetzlichen Vorschriften nicht vorgesehen, so gebühren in solchen Fällen nach den §§ 3 und 4 keine Leistungen.

§ 6

(1) Besteht neben dem Anspruch auf einen Ruhe- oder Versorgungsbezug nach den §§ 3 und 4 ein Anspruch auf

§ 6

(1) Besteht neben dem Anspruch auf einen Ruhe- oder Versorgungsbezug nach den §§ 3 und 4 ein Anspruch auf

a) laufende Zuwendungen, die für die Tätigkeit als Mitglied des Nationalrates, des Bundesrates, eines Landtages, als Mitglied der Bundesregierung, als Staatssekretär, als Landeshauptmann, als Mitglied einer Landesregierung, als Bürgermeister oder als Mitglied eines Gemeinderates oder eines Gemeindevorstandes einer Gemeinde eines anderen Bundeslandes gewährt werden,

b) laufenden Zuwendungen, die gewährt werden für die Tätigkeit als

Organwarter eines Organs gesetzlicher Berufsvertretungen,

Mitglied eines Verwaltungskörpers der Träger der österreichischen Sozialversicherung sowie ihres Hauptverbandes,

Oberkurator, Oberkurator-Stellvertreter, Kurator, Kommissär, Kommissär-Stellvertreter der Landes-Hypothekenbank Burgenland,

Organwarter eines Organes von Gemeindeverbänden,

Organwarter eines Organes von Wasserverbänden oder Wassergenossenschaften im Sinne des Wasserrechtsgesetzes 1959,

c) ein Einkommen oder einen Ruhegenuß aus der Tätigkeit als Mitglied des Vorstandes oder als Geschäftsführer von Unternehmungen, die Gesellschaften, Unternehmungen oder Betriebe zum Gegenstand haben, die vom Verstaatlichungsgesetz, BGBl. Nr. 168/1946, oder vom zweiten Verstaatlichungsgesetz, BGBl. 81/1947, erfaßt sind, oder von sonstigen Unternehmungen, bei denen oberste Organe der Vollziehung des Bundes einschließlich der Bundesregierung bzw. oberste Organe der Vollziehung des Landes einschließlich der Landesregierung hinsichtlich von Gesellschaftsorganen ein Bestellungs- oder Bestätigungsrecht ausüben oder an denen der Bund oder das Land Burgenland mit wenigstens 50 v. H. beteiligt ist,

d) laufende Vergütungen aus der Tätigkeit als Mitglied des Aufsichtsrates von Unternehmungen der in lit. c genannten Art,

so ist der Ruhe- und Versorgungsbezug nur in dem Ausmaß ausuzahlen, in dem die Summe der in lit. a bis d) genannten Beträge hinter der Bemessungsgrundlage (§ 11) zurückbleibt. Für die erforderliche Vergleichsberechnung sind die Bruttobeträge heranzuziehen.

(2) Besteht neben dem Anspruch auf einen nach Abs. 1 verminderten oder auf einen unverminderten Ruhe- oder Versorgungsbezug nach den §§ 3 und 4 ein Anspruch auf einen oder mehrere Ruhe- und Versorgungsbezüge aus öffentlichrechtlichen oder privatrechtlichen Dienstverhältnissen, so ist der Ruhe- und Versorgungsbezug nach diesem Gesetz nur ein Anspruch auf einen oder mehrere Ruhe- und Versorgungsbezüge aus öffentlichrechtlichen oder privatrechtlichen Dienstverhältnissen, so ist der Ruhe- und Versorgungsbezug nach diesem Gesetz nur in dem Ausmaß ausuzahlen, um das die Summe der Ruhe- und Versorgungsbezüge aus öffentlichrechtlichen oder privatrechtlichen Dienstverhältnissen hinter der Summe der jeweiligen Bemessungsgrundlage (§ 11) und 120 v. H. der Beitragsgrundlage der Pensionsversicherung nach dem ASVG (§ 45) zurückbleibt. Für die erforderliche Vergleichsberechnung sind die Bruttobeträge heranzuziehen.

§ 7

Für den Fall rechtskräftig zuerkannter einmaliger Zuwendungen nach § 2 ruhen Ansprüche auf Ruhe- und Versorgungsbezüge nach den §§ 3 und 4 so viele Monate, als dies der Summe der für die Berechnung der einmaligen Zuwendungen zugrundegelegten Multiplikatoren gemäß § 2 Abs. 1 entspricht. Die gesetzliche Krankenversicherung (§ 10 Abs. 1 Z. 10 lit. b B-KUVG) wird durch das Ruhen nicht berührt. Die Krankenversicherungsbeiträge sind für die Dauer des Ruhens von der Gemeinde vorerst zur Gänze zu tragen; die auf den Versicherten entfallenden Beitragsanteile sind im nachhinein von den Ruhe- und Versorgungsbezügen einzubehalten.

§ 8

Wird der Empfänger eines Ruhebezuges (§ 3) neuerlich zum Bürgermeister gewählt, so erlischt der Ruhebezug mit Ablauf des Monats, der dem Monat vorangeht, in dem die Funktion übernommen wird. Scheidet der Bürgermeister aus seiner Funktion aus, so ist der Ruhebezug im Sinne des § 3 neu zu bemessen.

§ 9

(1) Ruhe- und Versorgungsbezüge sind monatlich im vorhinein auszuzahlen.

(2) Die §§ 11 lit. a und f, 14 Abs. 2 bis 4, 16 Abs. 1, 17 Abs. 1 bis 7, 18 Abs. 2 bis 4, 19, 21 Abs. 1 lit. a und d und Abs. 2, 28, 33, 35 und 38 bis 41 Abs. 1 bis 3 des Pensionsgesetzes 1965, in der für Landesbeamte jeweils geltenden Fassung gelten sinngemäß.

Funktionsdauer

§ 10

(1) Als Funktionsdauer im Sinne dieses Gesetzes gelten alle Zeiträume, die der Bürgermeister in Ausübung seiner Funktion seit dem 27. April 1945 zurückgelegt hat. Nicht zu berücksichtigen sind jedoch

a) Zeiten, während welcher der Bürgermeister von der Entrichtung eines monatlichen Beitrages nach § 13 Abs. 2 befreit war und die Beiträge für diesen Zeitraum nicht nachentrichtet hat,

b) für die Berechnung der einmaligen Zuwendung Zeiten, welche schon einmal für die Gewährung nach § 13 Abs. 2 befreit war und die Beiträge für diesen Zeitraum nicht nachentrichtet hat,

b) für die Berechnung der einmaligen Zuwendung Zeiten, welche schon einmal für die Gewährung einer einmaligen Zuwendung nach § 2 berücksichtigt wurden.

(2) Die Funktionsdauer ist in vollen Jahren zu berechnen. Hierbei werden Bruchteile eines Jahres, wenn sie mindestens sechs Monate betragen, als ein volles Jahr gerechnet, anderenfalls bleiben sie unberücksichtigt.

Bemessungsgrundlage

§ 11

Bemessungsgrundlage im Sinne dieses Gesetzes ist die nach § 20 Abs. 4 der Burgenländischen Gemeindeordnung, § 12 Abs. 4 des Eisenstädter Stadtrechtes und § 12 Abs. 4 des Ruster Stadtrechtes durch Verordnung der Landesregierung festgesetzte Mindestentschädigung, welche dem Bürgermeister zum Zeitpunkt der nach diesem Gesetz entstehenden Ansprüche, jedoch unter Zugrundelegung der Einwohnerzahl zum Zeitpunkt des letzten Funktionsausscheidens, gebühren würde. Für die Ermittlung der Einwohnerzahl ist das Ergebnis jener Volkszählung heranzuziehen, das zum Zeitpunkt des letzten Funktionsausscheidens für die Ermittlung der Wohnbevölkerung maßgeblich ist.

Verfahren

§ 12

(1) Einmalige Zuwendungen sowie Ruhe- und Versorgungsbezüge gebühren nur auf Antrag. Antragsberechtigt ist in den Fällen des § 2 Abs. 1 und § 3 der Bürgermeister, im Falle des § 2 Abs. 2 ein gesetzlicher Erbe, zu dessen Erhaltung der Erblasser gesetzlich verpflichtet war, und im Falle des § 4 die Hinterbliebenen.

(2) Wird der Antrag nicht innerhalb von drei Monaten nach Entstehen des Anspruches gestellt, so geht bei einmaligen Zuwendungen der Anspruch verloren, bei Ruhe- und Versorgungsbezügen gebühren diese erst von dem der Einbringung des Antrages folgenden Monatsersten an.

(3) Anträge nach Abs. 1 sind schriftlich bei der Gemeinde, in der der Bürgermeister seine Funktion zuletzt ausgeübt hat, einzubringen, worüber die Gemeinde schriftlich zu entscheiden hat.

(4) Bescheide nach Abs. 3 sind innerhalb von zwei Wochen unter Anschluß aller für die Prüfung der Anspruchsvoraussetzungen erforderlichen Unterlagen der Landesregierung zur aufsichtsbehördlichen Genehmigung vorzulegen.

(5) Die aufsichtsbehördliche Genehmigung darf nur versagt werden, wenn die im Bescheid zuerkannte Genehmigung vorzuliegen.

(5) Die aufsichtsbehördliche Genehmigung darf nur versagt werden, wenn die im Bescheid zuerkannte einmalige Zuwendung oder der Ruhe- oder Versorgungsbezug den Bestimmungen dieses Gesetzes widerspricht.

(6) Bescheide, die ohne aufsichtsbehördliche Genehmigung erlassen wurden, können von der Aufsichtsbehörde gem. § 68 Abs. 4 lit. d AVG 1950 für nichtig erklärt werden.

Kostentragung

§ 13

(1) Das Land hat den Gemeinden den Aufwand zu ersetzen, der ihnen durch die Vollziehung dieses Gesetzes erwächst.

(2) Zu diesem vom Land zu tragenden Aufwand haben sowohl der Bürgermeister als auch die Gemeinde einen monatlichen Beitrag von je 10 v. H. der Bemessungsgrundlage (§ 11) zu entrichten. Der Bürgermeister ist für die Dauer des Ruhens seiner laufenden Entschädigung nach § 20 Abs. 2 der Burgenländischen Gemeindeordnung, § 12 Abs. 2 des Eisenstädter Stadtrechtes oder § 12 Abs. 2 des Ruster Stadtrechtes von der Entrichtung des monatlichen Beitrages befreit.

(3) Der Beitrag des Bürgermeisters ist von der Gemeinde einzubehalten und gemeinsam mit dem Beitrag der Gemeinde halbjährlich bis spätestens 15. Juli und 15. Jänner eines jeden Jahres an das Land abzuführen.

Eigener Wirkungsbereich der Gemeinde

§ 14

Die von der Gemeinde nach diesem Gesetz zu besorgenden Aufgaben sind solche des eigenen Wirkungsbereiches.

Übergangs- und Schlußbestimmungen

§ 15

(1) Dieses Gesetz tritt am 1. März 1979 in Kraft. Einem Bürgermeister, der vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes aus seiner Funktion ausgeschieden ist, gebührt, sofern im folgenden nichts anderes bestimmt ist, keine einmalige Zuwendung und kein Ruhebezug.

Entsprechendes gilt für Versorgungsbezüge.

(2) Ein Bürgermeister, der vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes aus seiner Funktion ausgeschieden ist und der zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes keinen Anspruch auf einen Ruhebezug nach Abs. 4 und auf Beträge der im § 6 Abs. 1 lit. a bis d genannten Art hat, hat mit Inkrafttreten dieses Gesetzes Anspruch auf eine einmalige Zuwendung. Sie beträgt nach einer Funktionsdauer von wenigstens

10 Jahren das Fünfundzwanzigfache

15 Jahren das Dreißigfache

~~20 Jahren das Fünfunddreißigfache~~

10 Jahren das Fünfundzwanzigfache

15 Jahren das Dreißigfache

20 Jahren das Fünfunddreißigfache

des Geldbetrages, der der Einwohnerzahl jener Gemeinde entspricht, der der Bürgermeister im Zeitpunkt seines Ausscheidens vorgestanden ist, mindestens jedoch S 10.000,— und höchstens S 80.000,—.

(3) Stirbt ein Bürgermeister, dem eine einmalige Zuwendung nach Abs. 2 gebühren würde, nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes, jedoch vor Ablauf

der in Abs. 8 genannten Frist von sechs Monaten, so gelten die Bestimmungen des § 2 Abs. 2 sinngemäß.

(4) Ein Bürgermeister hat die Anwartschaft auf einen monatlichen Ruhebezug erworben, wenn er

a) vor dem 31. Dezember 1972 aus der Funktion ausgeschieden ist, im Zeitpunkt des letzten Funktionsausscheidens einer Gemeinde mit mehr als 1.500 Einwohnern vorgestanden ist und die Funktionsdauer bis dahin mindestens 20 Jahre beträgt,

b) zwischen dem 30. Juni 1977 und dem Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes aus der Funktion ausgeschieden ist und die Funktionsdauer mindestens 10 Jahre beträgt.

Der Anspruch auf einen Ruhebezug entsteht, sofern der Bürgermeister das 60. Lebensjahr zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes bereits vollendet hat, mit Inkrafttreten des Gesetzes, anderenfalls mit dem auf die Vollendung des 60. Lebensjahres folgenden Monatsersten.

(5) Die Hinterbliebenen eines Bürgermeisters, der am Sterbetag die Anwartschaft auf einen Ruhebezug nach Abs. 4 erworben hat oder erworben hätte, haben ab dem dem Sterbetag folgenden Monatsersten, frühestens jedoch ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes, Anspruch auf einen monatlichen Versorgungsbezug.

(6) Zeiten, die für die Berechnung einer einmaligen Zuwendung nach Abs. 2 berücksichtigt worden sind, sind im Falle des Funktionsausscheidens eines neuerlich gewählten Bürgermeisters bei der Berechnung der Funktionsdauer nach § 10 nicht zu berücksichtigen. Dies gilt nicht für Bürgermeister, die eine Anwartschaft oder einen Anspruch auf einen Ruhebezug nach Abs. 4 erworben haben, hinsichtlich der Ruhe- und Versorgungsbezüge.

(7) Wurden bezüglich der Bürgermeister, die eine Anwartschaft oder einen Anspruch auf einen Ruhebezug nach Abs. 4 erworben haben, einmalige Zuwendungen nach den Abs. 2 und 3 und, im Falle des Funktionsausscheidens nach einer neuerlichen Wahl zum Bürgermeister, nach § 2 rechtskräftig zuerkannt, so ruhen Ansprüche auf Ruhe- und Versorgungsbezüge nach den §§ 3, 4 und 15 Abs. 4 und 5 solange, bis die gebührenden Ruhe- und Versorgungsbezüge das Ausmaß der zuerkannten einmaligen Zuwendungen erreichen. Für die erforderliche Vergleichsberechnung sind die Bruttobeträge heranzuziehen, bis die gebührenden Ruhe- und Versorgungsbezüge das Ausmaß der zuerkannten einmaligen Zuwendungen erreichen. Für die erforderliche Vergleichsberechnung sind die Bruttobeträge heranzuziehen.

(8) Für einmalige Zuwendungen und Ruhe- und Versorgungsbezüge nach den Abs. 2, 3, 4 und 5 gelten im übrigen die Bestimmungen der §§ 3 Abs. 4, 4 Abs. 3, 5, 6, 8, 9, 10, 11, 12, 13 Abs. 1 und 14 sinngemäß; in den Fällen der Abs. 2 und 3 beträgt die Frist des § 12 Abs. 2 anstelle von drei Monaten sechs Monate.

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeiner Teil

Die Altersversorgung der Organwalter der Gesetzgebung und der obersten Organwalter der Vollziehung von Bund und Ländern ist schon seit langem geregelt.

Für die obersten Organwalter der Vollziehung im Bereich der kleinsten Gebietskörperschaften, der Gemeinden, traf dies nicht zu und es lag daher nahe, daß der Wunsch dieses Personenkreises nach einer entsprechenden Altersversorgung immer deutlicher wurde. Einzelne Bundesländer begannen daher vor einigen Jahren, dem Wunsch Ihrer Gemeinden Rechnung tragend, die Altersversorgung der obersten Organwalter der Vollziehung in den Gemeinden gesetzlich vorzusehen.

Mit dem vorliegenden Entwurf eines Bürgermeister-Pensionsgesetzes 1979 soll sich nun das Burgenland dem Kreis dieser Bundesländer anschließen. Dieser Gesetzesentwurf lehnt sich inhaltlich an die in anderen Bundesländern bereits bestehenden Regelungen und an die Bezügegesetze des Bundes und der Länder an.

Begünstigter Personenkreis nach diesem Entwurf sind der Bürgermeister und seine Hinterbliebenen und als Leistungsformen sind einmalige Zuwendungen und Ruhe- und Versorgungsbezüge vorgesehen.

Besonderer Teil

Zu § 1:

§ 1 regelt den Geltungsbereich des Gesetzes und definiert die Begriffe „Bürgermeister“ und „Hinterbliebene“. Hinterbliebene sind nach den Bestimmungen des § 1 Abs. 3 bis 6 des Pensionsgesetzes 1965

a) die Witwe, d. i. die Frau, die mit dem Bürgermeister im Zeitpunkt seines Todes durch das Band der Ehe verbunden gewesen ist;

b) die frühere Ehefrau, d. i. die Frau, deren Ehe mit dem Bürgermeister für nichtig erklärt, aufgehoben oder geschieden worden ist;

c) die ehelichen, unehelichen und legitimierten Kinder sowie die Wahl- und Stiefkinder.

Zu § 2:

§ 2 regelt die Voraussetzungen, unter denen dem Bürgermeister und, im Falle seines Todes, der Verlassenschaft eine einmalige Zuwendung zuzuerkennen ist.

§ 2 regelt die Voraussetzungen, unter denen dem Bürgermeister und, im Falle seines Todes, der Verlassenschaft eine einmalige Zuwendung zuzuerkennen ist.

Bei der Ermittlung der Funktionsdauer ist insbesondere auf § 10 Abs. 1 lit. b Bedacht zu nehmen, wonach für die Berechnung einmaliger Zuwendungen Zeiten nicht berücksichtigt werden, die schon einmal für die Gewährung einer einmaligen Zuwendung berücksichtigt wurden.

Gem. § 12 Abs. 1 und 2 gebühren einmalige Zuwendungen nur auf Antrag, der bei sonstigem An-

spruchsverlust innerhalb von 3 Monaten ab dem Zeitpunkt des Funktionsausscheidens des Bürgermeisters von ihm selbst bzw. von einem gesetzlichen Erben, zu dessen Erhaltung der Erblasser gesetzlich verpflichtet war, zu stellen ist.

Entstehen Ansprüche auf eine einmalige Zuwendung und einen Ruhe- oder Versorgungsbezug neben- oder hintereinander, so gilt zur Vermeidung einer Zweifachbegünstigung, daß gem. § 7 der Ruhe- oder Versorgungsbezug eine bestimmte Zeit ruht, wenn eine einmalige Zuwendung rechtskräftig zuerkannt wurde.

Zu § 3:

Ein Ruhebezug gebührt einem Bürgermeister dann, wenn er eine mindestens zehnjährige Funktionsdauer seit dem 27. April 1945 aufweist und das 60. Lebensjahr vollendet hat.

Ist ein Bürgermeister infolge eines in Ausübung seiner Funktion erlittenen Unfalles unfähig geworden, seine Funktion weiter auszuüben, gebührt ihm ein Ruhebezug auch dann, wenn er die eingangs erwähnten Voraussetzungen nicht erfüllt.

Gem. § 12 Abs. 1 und 2 gebühren Ruhebezüge nur auf Antrag, der innerhalb von 3 Monaten ab Entstehen des Anspruches zu stellen ist. Bei Fristversäumnis geht der Anspruch nicht, wie bei einmaligen Zuwendungen, verloren, die Ruhebezüge gebühren jedoch erst von dem der Einbringung des Antrages folgenden Monatsersten an.

Zu § 4:

Den Hinterbliebenen gebühren nach dem Tod des Bürgermeisters Versorgungsbezüge, wenn der Bürgermeister am Sterbetag eine mindestens zehnjährige Funktionsdauer seit dem 27. April 1945 aufgewiesen hat. Diese Voraussetzung ist nicht erforderlich, wenn der Bürgermeister infolge eines in Ausübung seiner Funktion erlittenen Unfalles unfähig geworden ist, seine Funktion weiter auszuüben, und später verstorben ist oder infolge eines in Ausübung seiner Funktion erlittenen Unfalles durch Tod aus seiner Funktion ausgeschieden ist.

Hinsichtlich des Versorgungsbezuges der Witwe gelten gem. § 9 Abs. 2 die Bestimmungen der §§ 14 Abs. 2 bis 4 und 16 Abs. 1 des Pensionsgesetzes 1965 sinngemäß.

Die Bestimmungen über den Anspruch auf Witwenversorgung gelten gem. § 9 Abs. 2 die Bestimmungen der §§ 14 Abs. 2 bis 4 und 16 Abs. 1 des Pensionsgesetzes 1965 sinngemäß.

Die Bestimmungen über den Anspruch auf Witwenversorgung und über das Ausmaß der Witwenversorgung gelten auf Grund des gem. § 9 Abs. 2 anzuwendenden § 19 des Pensionsgesetzes 1965 grundsätzlich sinngemäß für die frühere Ehefrau des Bürgermeisters.

Hinsichtlich der Versorgungsbezüge der Waisen gelten gem. § 9 Abs. 2 die Bestimmungen der §§ 17 Abs. 1 bis 7 und 18 Abs. 2 bis 4 des Pensionsgesetzes 1965 sinngemäß.

Zu § 5:

§ 5 ist ähnlichen Bestimmungen der Bezügegesetze des Bundes und des Landes nachgebildet und trifft Vorkehrungen für den Fall, daß sich Zeiträume, die für Ruhe- und Versorgungsbezüge nach diesem Gesetz zu berücksichtigen sind, mit jenen überschneiden, die der Ermittlung von gleichartigen Leistungen nach bundes- oder landesgesetzlichen Vorschriften zugrunde zu legen sind.

Zu § 6:

Diese Bestimmungen sind ähnlichen Bestimmungen der Bezügegesetze des Bundes und des Landes nachgebildet.

Abs. 1 regelt die Fälle, daß neben Ruhe- und Versorgungsbezügen nach diesem Gesetz Aktivbezüge und Ruhe- und Versorgungsbezüge (außer solchen Ruhe- und Versorgungsbezügen, bei denen die bei der Berechnung zu berücksichtigenden Zeiträume von Zeiträumen überlappt werden, die auch für die Berechnung der Ruhe- und Versorgungsbezüge nach diesem Gesetz maßgeblich sind, und nach § 5 zu beurteilen sind) auf Grund der in den lit. a bis d aufgezählten Tätigkeiten bestehen. Die Ruhe- und Versorgungsbezüge nach diesem Gesetz sind dann nur in dem Ausmaß auszahlbar, in dem die Summe der in den lit. a bis d genannten Beträge hinter der Bemessungsgrundlage gem. § 11 zurückbleibt.

Abs. 2 regelt die Fälle, daß neben Ruhe- und Versorgungsbezügen nach diesem Gesetz Ruhe- und Versorgungsbezüge aus öffentlich- oder privatrechtlichen Dienstverhältnissen gebühren. Ein Nebeneinander ist grundsätzlich möglich; übersteigen Ruhe- und Versorgungsbezüge aus den genannten Dienstverhältnissen jedoch ein bestimmtes Ausmaß, sind Ruhe- und Versorgungsbezüge nach diesem Gesetz entsprechend gekürzt oder überhaupt nicht auszuzahlen.

Zu § 7:

Wie bereits in den Erläuterungen zu § 1 erwähnt, soll zur Vermeidung einer Zweifachbegünstigung der Ruhe- oder Versorgungsbezug eine bestimmte Zeit ruhen, wenn einmalige Zuwendungen nach § 2 rechtskräftig zuerkannt wurden. Bei der Normierung der Ruhensdauer wurde davon ausgegangen, daß mit Ablauf des Ruhens das finanzielle Ausmaß der zuerkannten einmaligen Zuwendungen im wesentlichen erreicht sein sollte.

Zur Aufrechterhaltung der Krankenversicherung des Bürgermeisters während der Dauer des Ruhens erkannten einmaligen Zuwendungen im wesentlichen erreicht sein sollte.

Zur Aufrechterhaltung der Krankenversicherung des Bürgermeisters während der Dauer des Ruhens ist die Aufnahme der Bestimmungen der beiden letzten Sätze des § 7 erforderlich.

Zu § 9:

Die in Abs. 2 als sinngemäß anwendbar erklärten Bestimmungen des Pensionsgesetzes 1965 regeln folgendes:

§ 11 lit. a und f: Verlust des Anspruches auf einen Ruhebezug.

§ 14 Abs. 2 bis 4: Anspruchsvoraussetzungen für den Versorgungsbezug der Witwe.

§ 16 Abs. 1: Übergangsbeitrag der schwangeren Witwe.

§§ 17 Abs. 1 bis 7 und 18 Abs. 2 bis 4: Anspruchsvoraussetzungen für den Versorgungsbezug der Waisen.

§ 19: Versorgungsbezug der früheren Ehefrau.

§ 21 Abs. 1 lit. a und d und Abs. 2: Verlust des Anspruches auf einen Versorgungsbezug.

§ 28: Sonderzahlung.

§ 33: Fälligkeitstag und Auszahlungstag.

§ 35: Art der Auszahlung.

§ 38: Meldepflicht.

§ 40: Verjährung.

§ 41 Abs. 1 bis 3: Auswirkung künftiger Änderungen dieses Gesetzes und des Ruhe- und Versorgungsbezuges.

Zu § 11:

Die Mindestentschädigung für die Ausübung eines Amtes eines Bürgermeisters in den Gemeinden mit Ausnahme der Freistädte Eisenstadt und Rust ist derzeit in der Verordnung, LGBl. Nr. 4/1974 festgesetzt.

Eine entsprechende Regelung für die genannten Freistädte fehlt derzeit und müßte, um § 11 vollziehen zu können, daher zeitgerecht erlassen werden.

Zu § 15:

Grundsätzlich gebühren einmalige Zuwendungen und Ruhe- und Versorgungsbezüge nur dann, wenn der Bürgermeister nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes (1. März 1979) aus der Funktion ausgeschieden ist.

Ausnahmsweise läßt das Ausscheiden eines Bürgermeisters vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes unter den Voraussetzungen der Abs. 2 und 3 einmalige Zuwendungen und unter den Voraussetzungen der Abs. 4 und 5 einen Ruhe- oder Versorgungsbezug entstehen.

Abs. 6 regelt den Fall, daß ein Bürgermeister, der vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes aus der Funktion geschieden ist, nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes neuerlich gewählt wird und nach dem Ausscheiden aus der Funktion die Frage der Zuerkennung von einmaligen Zuwendungen nach § 2 und Ruhe- oder Versorgungsbezügen nach den §§ 3 und 4 zu beurteilen ist. Wurde einem solchen Bürgermeistern Ausscheiden aus der Funktion die Frage der Zuerkennung von einmaligen Zuwendungen nach § 2 und Ruhe- oder Versorgungsbezügen nach den §§ 3 und 4 zu beurteilen ist. Wurde einem solchen Bürgermeister eine einmalige Zuwendung nach Abs. 2 rechtskräftig zuerkannt, so ist die dabei zu berücksichtigende Funktionsdauer bei der oben genannten Beurteilung außer Betracht zu lassen. Dies gilt jedoch nicht für die in Abs. 4 lit. a und b genannten Bürgermeister, die das 60. Lebensjahr zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes noch nicht vollendet haben (und daher einen Anspruch auf eine einmalige Zuwendung

nach Abs. 2 haben) hinsichtlich der im Fall ihres Ausscheidens nach einer neuerlichen Wahl zu beurteilenden Ruhe- und Versorgungsbezüge nach den §§ 3 und 4, wohl aber hinsichtlich der einmaligen Zuwendungen, nach § 2.

Zur Vermeidung einer Zweifachbegünstigung sollen nach Abs. 7 der Ruhe- und Versorgungsbezug gem. den Abs. 4 und 5 bzw. im Falle des Ausschei-

dens nach einer Wiederwahl gem. §§ 3 und 4 eine bestimmte Zeit ruhen, wenn einmalige Zuwendungen nach Abs. 2 und 3 bzw. im Falle des Ausscheidens nach einer Wiederwahl gem. § 2 rechtskräftig zuerkannt wurden. Die Ruhensdauer wurde anders als in § 7 normiert, es wurde aber ebenfalls davon ausgegangen, daß mit Ablauf des Ruhens das finanzielle Ausmaß der zuerkannten einmaligen Zuwendungen im wesentlichen erreicht sein sollte.

Eisenstadt, am 11. Dezember 1978.

Resch eh.
Gossi eh.
Grandits eh.
Ing. Holper eh.
Kogler eh.
Krutzler eh.
Kurz eh.
Matysek eh.
Mayer eh.
Moser eh.

Müllner eh.
Peck eh.
Plnter eh.
Pleyer eh.
Prandler eh.
Puhm eh.
Sipötz eh.
Stlx eh.
Wurglics eh.
Zipser eh.

Dipl. Ing. Halbritter eh.
Behm eh.
Böhm eh.
Dr. Dax eh.
Gllschwert eh.
Dipl. Ing. Karall eh.
Dr. Katsich eh.
Marx eh.

Nikles eh.
Dipl. Ing. Dr. Rauchwarter eh.
Rechnitzer eh.
Dr. Schmall eh.
Schwarz eh.
Soronicz eh.
Ing. Wagner eh.
Dr. Widder eh.